



**Geschäftsführung
Stadtentwicklungsausschuss**

Frau Michels

Telefon: (0221) 221 - 23148

Fax : (0221) 221 - 24447

E-Mail: marianne.michels@stadt-koeln.de

Datum: 25.11.2013

**Auszug
aus dem Entwurf der Niederschrift der 42. Sitzung des
Stadtentwicklungsausschusses vom 14.11.2013**

öffentlich

**6.2 3. Baustufe Nord-Süd Stadtbahn / Erweiterter Planungsbeschluss
2790/2013**

Und

**Änderungsantrag Freie Wähler Köln vom 05.11.2013
AN/1294/2013**

Herr Wittrock vom Planungsbüro BPR, Bremen, stellt die Planung mit Hilfe einer Powerpoint-Präsentation vor.

Vorsitzender Klipper dankt Herrn Wittrock für seinen informativen Beitrag. Die Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses bittet er, sich bei der heutigen Diskussion auf die städtebaulichen Aspekte zu konzentrieren.

Beigeordneter Höing hebt die Bedeutsamkeit des Projekts hervor. Der Bau der Stadtbahn stelle einen erheblichen Eingriff in eine bestehende Stadtstruktur dar und deshalb gelte es, mit Sensibilität vorzugehen. Aus diesem Grunde sei auch ein intensives Bürgerbeteiligungsverfahren durchgeführt worden. Die öffentlichen Diskussionen hätten dazu beigetragen, die Planung an bestimmten Stellen zu verfeinern und es gelte nun, zwischen den unterschiedlichen Belangen abzuwägen. Positiv hervorheben möchte er, dass bei der Planung innerhalb eines langen Zeitraums der Anspruch auf eine angemessene Stadtgestaltung nicht verloren gegangen sei.

SE Frenzel hält die Planung insgesamt für sehr gelungen. Er bedaure jedoch, dass die „Villa Lenders“ nun offensichtlich doch einer Verkehrsfläche weichen müsse. Er bittet, die Anregungen aus der Bezirksvertretung Rodenkirchen aufzunehmen.

RM Moritz hält zunächst fest, dass die Verengung der Bonner Straße zugunsten einer oberirdischen Stadtbahn und einer gewissen Qualität für Fußgänger und Radfahrer, bewusst in Kauf genommen worden sei. Hierzu gebe es viel Protest. Aber anders als in diesen Protestschreiben zum Ausdruck gebracht, habe sie die Befürchtung, dass sich der motorisierte Verkehr künftig seinen Weg über die Vorgebirgsstraße suchen könnte. Insbesondere der Bereich zwischen Gürtel und Südstadion sei jedoch von Wohnbebauung geprägt, weswegen dieser möglichen Entwicklung entgegen gewirkt werden müsse. Sie habe den Anspruch, dass die Verwaltung verkehrsplanerische Lösungen hierzu entwickle. Ferner halte sie es mit Blick auf die Entwicklungen zu ESIE für bedauerlich, dass es bereits detaillierte Vorstellungen zu den Anschlussstellen an die Bonner Straße gebe. Hierzu habe er Waddey im Verkehrsausschuss einen Vorschlag unterbreitet, den sie nun zitiere: „mithin sollte im Planfeststellungsverfahren seitens der Stadt darauf geachtet werden, dass nur die planfeststellungsnotwendigen Dinge geregelt werden“. Diese Anregung möge übernommen werden, denn im Rahmen von ESIE gebe es unter anderem die Überlegung, immisionsstarke Verkehrsschneisen zu bündeln. Hierbei würde es sich anbieten, den Ost-West Verkehr entlang des Bahndammes zusammenzufassen. Dies hätte auch eine Entlastung des Kreuzungsbereiches Schönhauser Straße/Marktstraße zur Folge. Auch vor dem Hintergrund, dass der Abfluss vieler anderer Verkehrswege noch unklar sei, möge man im Planfeststellungsverfahren so wenig wie möglich festlegen. Den scheinbar mehrheitlich geäußerten Wunsch, die Haltestellen mit Mittelbahnsteigen auszustatten, könne sie unterstützen. In Bezug auf die Neuanpflanzung von Bäumen sei sie durchaus der Ansicht, dass es an bestimmten prägnanten Stellen angemessen wäre, bereits hoch gewachsene Bäume zu verwenden. Die in der Planung vorgestellten „Z-Überwege“ finde sie indes äußerst abstoßend.

RM Sterck lobt die durchgeführte breite Bürgerbeteiligung. Auch handele es sich seines Erachtens um eine ordentliche und gute Planung aus einem Guss. Der Bau der Stadtbahn trage zudem zu einer Aufwertung der Bonner Straße bei und es sei gelungen, den hierfür notwendigen Abriss von Gebäuden auf drei zu reduzieren. Die FDP-Fraktion habe sich bereits zu Beginn der Debatte dafür ausgesprochen, die U-Bahn bis zum Gürtel zu verlängern, um einen Engpass an der Marktstraße zu verhindern. Frau Moritz habe bereits einiges zu den erwarteten verkehrlichen Auswirkungen gesagt; wichtig sei in diesem Kontext aber auch der zügige und leistungsfähige Ausbau der Rheinuferstraße. Ferner präferiere auch er aus gestalterischen Gründen die Mittelbahnsteige, da sie weniger in den Stadtraum eingreifen. Die von der Verwaltung vorgeschlagene Lösung zur Endhaltestelle an der Lindenallee trage seine Fraktion mit, wobei er die geradlinige Variante der Ausfahrt zum Bonner Verteiler bevorzuge. Insofern unterstütze seine Fraktion weitgehend die Vorschläge aus der Bezirksvertretung Rodenkirchen, bis auf den Wunsch auf Reduzierung der Fahrbahnen an der Kreuzung Schönhauser Straße/Marktstraße. Diesbezüglich verlasse er sich auf die Aussage der Verwaltung, dass dadurch die verkehrliche Leistungsfähigkeit nicht mehr gewährleistet wäre. Abschließend bittet er die Verwaltung zum Sachstand der „Villa Lenders“ Stellung zu nehmen.

Beigeordneter Höing sagt zu, eine ausführliche Stellungnahme hierzu nachzureichen.

Vorsitzender Klipper nimmt von Seiten der CDU-Fraktion Stellung: die vorliegende Planung werde grundsätzlich begrüßt, allerdings werde befürchtet, dass die Bonner Straße die Verkehre aus Süden nicht vollständig aufnehmen könne. Auch die Rheinuferstraße könne dies nicht ausgleichen. Vielmehr erwarte er eine erhebliche verkehrliche Mehrbelastung im Stadtteil Marienburg. Er lege großen Wert darauf, dass die Verwaltung Maßnahmen konzipiere, die dies verhindern. Ferner sei er zum Teil

unzufrieden mit der Darstellung der Radspuren. Er halte es für gefährlich, an Engstellen den Radfahrstreifen über die Fahrbahn für den Kfz-Verkehr zu führen. Hierzu gebe es bereits Erfahrungswerte, die ein solches Gefährdungspotential bestätigen. Die Thematik möge im Verkehrsausschuss noch einmal aufgegriffen werden. In Bezug auf die Ausführungen von Frau Moritz zum ESIE-Gebiet, weise er darauf hin, dass die Planung in dem in Rede stehenden Gebiet bereits abgeschlossen sei und nicht mehr verändert werden könne. Die Anregungen aus der Bezirksvertretung Rodenkirchen trage seine Fraktion mit. Auch begrüße sie das durchgeführte Verfahren, insbesondere zur Bürgerbeteiligung. Er bittet die Verwaltung, die Öffentlichkeit weiterhin umfassend über den Fortgang des Projekts zu informieren.

SE Leitner spricht sich mit Nachdruck gegen einen Abriss der unter Schutz gestellten „Villa Lenders“ aus. Dieses Bauwerk sei identitätsstiftend für den Stadtteil und sollte man zu dem Ergebnis gelangen, dass ein Abriss unumgänglich sei, so möge man das Denkmal Stein für Stein abtragen und an anderer Stelle wieder errichten.

SE Henseler begründet im Folgenden den eingebrachten Änderungsantrag der Freie Wähler Köln, welcher Ausfluss von Unzufriedenheiten, bzw. Anregungen aus der Bürgerschaft sei. Er halte es für angemessen, wenn die geäußerten Bedenken im weiteren Planungsprozess berücksichtigt würden.

RM Sterck beantragt, den in der Bezirksvertretung auf Vorschlag der SPD abgelehnten Beschlusspunkt 8 zum geradlinigen Verlauf der Bonner Straße zum Verteilerkreis im Stadtentwicklungsausschuss zur Abstimmung zu stellen und über den Punkt 1 der Bezirksvertretung getrennt abzustimmen.

RM Moritz begrüßt zwar grundsätzlich auch einen geradlinigen Straßenverlauf, soviel sie wisse, sei dies aber nicht umsetzbar, weil man hier auf Flächen des Landes treffe und die zuständige Behörde dies bereits abgelehnt habe.

Vorsitzender Klipper erwidert, dies möge noch geprüft werden. In jedem Falle aber solle dies als Anregung mit aufgenommen werden. Im Übrigen spreche er sich von Seiten der CDU-Fraktion dafür aus, die Vorlage heute ohne Votum, aber mit allen Anmerkungen in den Verkehrsausschuss zu verweisen.

RM Moritz fasst aus stadtentwicklungspolitischer Sicht zusammen, dass hierbei auf folgende in der heutigen Diskussion entwickelte Anregungen besonders Wert gelegt werden solle:

- Bevorzugt wird der Bau von Mittelbahnsteigen
- Im Planfeststellungsverfahren sollen ausschließlich die planfeststellungsrelevanten Dinge geregelt werden.

Vorsitzender Klipper ergänzt, eine weitere Betonung möge auf die Prüfung eines geradlinigen Verlaufs der Bonner Straße zum Verteilerkreis liegen. Bezüglich des Änderungsantrages der Freie Wähler Köln schlägt er vor, diesen zur Beratung in den Verkehrsausschuss zu verweisen. Nachdem er Einvernehmen feststellt, lässt er in diesem Sinne abstimmen:

1. Beschluss: *(Verwaltungsvorlage)*

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage ohne Votum und mit Diskussionsbeiträgen in den Verkehrsausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

2. Beschluss: *(Änderungsantrag Freie Wähler Köln)*

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist den Änderungsantrag zur Beratung in den Verkehrsausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.